

Schweiz

Militärbunker für renitente Asylbewerber?

Nordafrikanische Asylsuchende machen den Behörden zu schaffen. FDP-Migrationsexperte Philipp Müller fordert ihre Unterbringung in möglichst entlegenen Militärunterkünften, um Wirtschaftsflüchtlinge zur Ausreise zu bewegen.

Von Markus Brotschi und René Lenzin

Junge Männer aus Nordafrika verursachen zurzeit in Asylunterkünften grosse Probleme. Vor allem Tunesier treten so fordernd auf wie bisher kaum eine Flüchtlingsgruppe (TA vom Mittwoch). Das Betreuungspersonal berichtet von Beschimpfungen, Tätlichkeiten und hohen materiellen Ansprüchen. Das Verhalten der Asylbewerber dürfte sich auch in der Kriminalstatistik niederschlagen. So rechnet die Kantonspolizei Zürich für 2011 mit einer Verdoppelung der Straftaten durch Nordafrikaner. Auch der Berner Polizeidirektor Hans-Jürg Käser stellt einen deutlichen Anstieg der Kriminalität tunesischer Asylsuchender fest.

Mit dem Strafrecht allein ist dem Problem allerdings kaum beizukommen. «Wenn einer betrunken oder frech zu den Betreuern ist, wenn er sich nicht an die Hausordnung hält, dann reicht das nicht aus, um ihn einzusperren», sagt Roger Schneeberger, Generalsekretär der Konferenz kantonaler Justiz- und Polizeidirektoren. Den Behörden bleibt die Möglichkeit von Ausgangssperren, die Kürzung des Taschengeldes oder die Versetzung in eine andere Unterkunft. Ob Asylgründe vorliegen, muss dennoch geprüft werden. Trotzdem halten sich die Polizeidirektoren mit Forderungen nach Verschärfungen des Asylgesetzes zurück. Sie beklagen vor allem, dass der Bund nicht genügend Unterkünfte bereitstellt, obwohl mit den Asylbewerbern aus dem Maghreb zu rechnen war.

«Ihnen die Schweiz verleiden»

Auch FDP-Nationalrat Philipp Müller hält Gesetzesverschärfungen für untauglich. «Das Problem ist nicht das Asylgesetz, wir haben ein logistisches Problem.» Müllers Rezept heisst: «Verfahren beschleunigen und Wirtschaftsflüchtlingen den Aufenthalt in der Schweiz verleiden, da Zwangsrückstellungen kaum noch möglich sind.» Das Gros der Asylbewerber



Nach dem Zustrom von Asylbewerbern aus Nordafrika gibt es zu wenige Unterkünfte wie diese in Basel. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

müsse in abgelegenen Bundeszentren einquartiert werden. Müller denkt an «Truppenunterkünfte auf nicht mehr benutzten Schiessanlagen sowie abgelegenen Festungsanlagen der Armee». Dort will er Asylbewerber unterbringen, deren Gesuch wenig Aussicht auf Erfolg hat. Den fordernden Nordafrikanern werde dies klarmachen, dass sie in der Schweiz keine Chance auf Erfüllung materieller Wünsche hätten.

Allerdings hat das Bundesamt für Migration (BFM) bisher vergeblich nach Unterkünften gesucht. Die meisten der vom Verteidigungsdepartement (VBS) angebotenen Gebäude erwiesen sich als ungeeignet. Der Asylrechts- und Migrationsexperte der FDP sieht den Grund in der fehlenden Kooperationsbereitschaft des VBS. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Armee keine solchen leeren Unterkünfte hat, zumal mir eine Liste

mit 37 Truppenunterkünften vorliegt.» Die Hauptschuld gibt Müller jedoch der früheren Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf. «Statt 2008 ein Unterbringungskonzept in Bundeszentren zu erarbeiten, verbiss sie sich in eine untaugliche Reorganisation des BFM.»

Renitente Asylbewerber haben in der Schweiz immer wieder für Empörung gesorgt. Vor elf Jahren forderte der Ständerat gar Internierungslager. Jedoch be-

grub das Parlament diese Idee schliesslich, weil die «Sammelunterkünfte» gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen. Eine Inhaftierung ist nur zulässig, wenn eine Straftat begangen wurde oder bereits ein Ausschaffungsverfahren läuft.

Fehlende Gesetzesgrundlage

Der Aargauer SVP-Ständerat Maximilian Reimann gehörte zu jenen, die damals Internierungen unterstützten. Er plädiert auch heute noch dafür, geschlossene Unterkünfte zu schaffen. «Auch wenn die EMRK das verbieten sollte, müssen wir es machen. Es darf nicht sein, dass das Völkerrecht den Schutz unserer Bevölkerung verhindert.» Die gesetzliche Grundlage für geschlossene Unterkünfte könne bei der von Bundesrätin Sommaruga geplanten Asylrechtsrevision geschaffen werden.

Die Kantone beklagen sich nicht nur über fehlende Unterkünfte, sondern auch darüber, dass sie vom Bund nicht auf die schwierigen Asylsuchenden vorbereitet wurden. Über gewisse Informationen hätte die Schweiz verfügen können, bevor die ersten Flüchtlinge eintrafen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex, der auch die Schweiz angehört, war in Südeuropa im Einsatz, als die Flüchtlingswelle aus Nordafrika einsetzte. Auch Angehörige des Grenzwachtkorps (GWK) standen für Frontex im Einsatz. Zwei Monate lang befragten je ein Schweizer Beamter in Sizilien und Bari Flüchtlinge. Zudem hätten Schweizer Grenzwachter Einsätze in Griechenland, auf dem Balkan und in Westeuropa absolviert, sagt Stefanie Widmer, Sprecherin des GWK. Die Berichte der Grenzwachter gingen an Frontex. Daraus hat die Agentur laut Widmer ein Lagebild erstellt, von dem «alle Frontexstaaten profitieren». Das BFM hält allerdings fest, ihm seien keine solchen Informationen übermittelt worden.

Weiterer Bericht Seite 50, Analyse Seite 11